

KOMMENTAR

VON
ANNETTE GANTNER*Politische Unsitte*

Der Ton war unerwartet harsch: Die Salzburger FP-Chefin Marlene Svazek warf der künftigen VP-Landeshauptfrau Karoline Edtstadler Härte, Kälte, Empathielosigkeit vor.

Es stimmt, dass Edtstadler nicht für den Salzburger Landtag kandidiert hat, sie war Salzburger Spitzenkandidatin bei der National-

Es werden Parteien, nicht Personen gewählt

ratswahl. Doch das Argument, dass sie deshalb nicht Landeshauptfrau werden kann, ist hanebüchen. Christian Kern wurde als Quereinsteiger SP-Kanzler. Zahlreiche Minister und Landesräte haben nie für eine Partei kandidiert.

Es ist eine Unsitte in der Politik geworden, immer häufiger auf persönlicher statt politischer Ebene zu argumentieren. Die ÖVP hat dies besonders vorgelebt: Nicht mit der Kickl-FPÖ, nicht mit Leonore Gewessler von den Grünen, nicht mit der Babler-SP. Wie man sieht, ist das Nein zu Kickl nicht zu halten.

Wir wählen nicht den Kanzler, wir wählen nicht die Landeshauptfrau, wir wählen Parteien, die Mehrheiten zustande bringen müssen. Die harten Töne beschleunigen die Abnützung in der Politik.

✉ a.gantner@nachrichten.at**Pflege: Ferihumer wird Chefin neuer Managementfirma**

(Land-/Mayrhofer)

LINZ. Seit Montag ist es fix: Die neu gegründete Pflege- und Betreuungsmanagement GmbH des Landes Oberösterreich zur Entlastung der Sozialhilfeverbände bekommt eine Geschäftsführerin. **Anna Ferihumer** hat sich unter 32 Bewerbern durchgesetzt. Sie wurde nach einem Hearing der bestgereihten Kandidaten von der vierköpfigen Auswahljury erstgereiht und wird ihre Funktion mit Mitte Februar antreten.

Seit 2021 im Sozialressort tätig

Ferihumer ist die Materie nicht fremd: Sie ist seit 2021 im Soziallandesratsbüro Referentin für Pflege und Soziales und hat im Sozialressort zahlreiche zentrale Projekte wie die Fachkräftestrategie Pflege betreut.

„Die Demografie wird uns in den nächsten Jahren nicht schonen. Mit der Pflege- und Betreuungsmanagement GmbH wollen wir dieser gesellschaftlichen Herausforderung aktiv begegnen“, sagt sie. Priorität habe der rasche Strukturaufbau der GmbH und die dringliche Frage der Personalgewinnung. Die neue Gesellschaft – sie wird vorerst im Landesdienstleistungszentrum angesiedelt – soll die 15 Sozialhilfeverbände entlasten, unter anderem in der Frage des internationalen Personalrecruitings.

Gratulationen zu Ferihumers Bestellung gab es u. a. von Soziallandesartrat Christian Dörfel (VP) und Bezirkshauptmann Alois Lanz, Sprecher der Sozialhilfeverbände.

Die Linzer Bürgermeister-Stichwahl und die Frage der Mobilisierung

SP-Kandidat Dietmar Prammer will keine Anti-Kickl-Kampagne führen

VON JULIA POPOVSKY

LINZ. Nach der Wahl ist vor der Wahl: Punkt sechs Uhr früh fand der Linzer Bürgermeisterwahlkampf von Dietmar Prammer am Montag seine Fortsetzung. Der SP-Kandidat und geschäftsführende Vizebürgermeister warb bei einer Flyeraktion um Stimmen für die Stichwahl am 26. Jänner. Sein Gegner dort ist mit Stadtrat Michael Raml der freiheitliche Kandidat. Für die Blauen ist das in Linz eine Premiere. Prammer kam im ersten Wahlgang auf 40,2 Prozent, Raml auf 20,2 Prozent.

Einen Anti-Kickl-Wahlkampf vor dem Hintergrund der blauschwarzen Koalitionsverhandlungen im Bund wird Prammer nicht führen. „Ich will ein Bürgermeister für alle Linzer sein und nicht mit Spaltung arbeiten“, möchte er die freiheitlichen Wähler nicht ausgrenzen. Wie Raml nennt Prammer die Wählermobilisierung als Herausforderung und Ziel für die kommenden zwei Wochen.

Potenzial sieht Raml im Nicht-Wähler-Lager und bei enttäuschten ÖVP-Anhängern. Besonderes „Wahlkampfgebiet“ ist für die Blauen der Linzer Süden. Einer der dortigen Sprengel zählt zu jenen, die Raml für sich entscheiden konnte. (*Detailanalysen zu Spengelergebnissen und Wählerströmen auf nachrichten.at/linz*)

Außertourlicher Wahlgang

Die Wahlbeteiligung lag im ersten Durchgang am Sonntag bei 42,2 Prozent – und damit um 15,3 Prozentpunkte niedriger als bei der Bürgermeisterwahl 2021. Damals wurde zeitgleich der Landtag- und Gemeinderat gewählt. Das war dieses Mal nicht der Fall. In der rot-schwarzen Stichwahl sank die Beteiligung 2021 auf 30,3 Prozent. 11.811 Wahlkarten wurden für den Urnengang am Sonntag ausgegeben. 2021 waren es beim ersten Wahlgang 28.848 Stück.

Die niedrige Wahlbeteiligung sei kein Linz-Spezifikum, betont Prammer. Er führt diese unter anderem darauf zurück, dass es sich um eine außertourliche „Zwischenwahl“ handelt. Nötig wurde diese durch den Rücktritt seines Parteikollegen Klaus Luger infolge der LIVA-Affäre.



Die Kandidaten von SPÖ und FPÖ, Dietmar Prammer (li.) und Michael Raml (re.), jubelten am Sonntag.

Foto: Weibold

Prammer ortet auch eine hohe Zufriedenheit mit der Stadtpolitik. Denn gebe es eine solche nicht, hätten sich viel mehr Menschen mit ihrer Stimme dafür engagiert, einen Wechsel herbeizuführen, argumentiert er.

Anders sieht das sein Herausforderer Raml. Dieser führt die Wahlverdrossenheit mitunter auf die Abwendung der Linzer von der Stadtpolitik zurück. Der LIVA-Skandal habe, so Ramls Einschätzung, zu einem großen Frust geführt. Gleichzeitig hat der FP-Kandidat aus Gesprächen mit Wählern den Eindruck gewonnen, dass es Probleme bei der Postzustellung der Wahlinformationen gegeben

habe. Auch seitens des Magistrats wird von Beschwerden berichtet. Die Post weist diese Kritik zurück: Alle rund 150.000 Wahlinformationen seien „entsprechend und rechtzeitig“ zugestellt worden.

Politikverdrossenheit

Als „durchaus ungewöhnlich“ bezeichnet die Politikwissenschaftlerin Eva Zeglovits die niedrige Wahlbeteiligung in Linz. Üblicherweise sei diese bei Bürgermeisterwahlen höher, da das Motiv „Es ist egal, wer es wird, das hat mit meinem Leben nichts zu tun“ hier normalerweise nicht durchschlage.

Einzelfall sei Linz aber keiner, ähnlich sei die Situation im März

in Salzburg gewesen. Dort lag die Wahlbeteiligung bei der Bürgermeister-Stichwahl bei knapp 47 Prozent.

Diese Entwicklung sei Ausdruck einer gewissen Wahlmüdigkeit und Politikverdrossenheit, sagt die Geschäftsführerin des IFES-Institutes für empirische Sozialforschung. Hinzu komme ein Ohnmachtgefühl – in dem Sinne, dass der Eindruck bestehe, dass nationale Politiker aktuelle Krisen nicht beeinflussen könnten.

Einen dämpfenden Effekt sieht sie in Linz zudem darin, dass „nur“ der Stadtchef gewählt wird, gleichzeitig hätten sich die jüngsten bundespolitischen Ereignisse ausgewirkt. Ihr Fazit: „Das Problem ist nicht organisatorischer, sondern motivatorischer Natur.“

Für die Stichwahl in zwei Wochen erwartet die gebürtige Linzerin dennoch eine höhere Wahlbeteiligung. Sie macht das am Beispiel der Bundespräsidentenwahl und dem Duell Alexander Van der Bellen gegen den Freiheitlichen Norbert Hofer im Jahr 2016 fest. Dort gaben in der Stichwahl mehr Menschen ihre Stimme ab als im ersten Wahlgang. Warum?

„Eine Richtungsentscheidung ist immer emotionaler aufgeladen“, sagt Zeglovits. Das könnte sich beim rot-blauen Duell in Linz nun wiederholen.



Die Wahlbeteiligung lag im ersten Wahlgang bei 42,2 Prozent.

Foto: Kersch



„Die niedrige Wahlbeteiligung ist ungewöhnlich. Für die Stichwahl erwarte ich, dass sie steigt. Eine Richtungswahl ist immer emotionaler aufgeladen.“

Eva Zeglovits,
Politikwissenschaftlerin

„Die Situation ist eben, wie sie ist“

Landeshauptmann Stelzer (VP) über Koalitionsverhandlungen und Standort

LINZ. Zwei Jahre Rezession haben in Oberösterreich Spuren hinterlassen. Die abgeflaute Konjunktur gepaart mit hohen Energie- und Personalkosten schlage im Bundesland voll durch, berichtete Landeshauptmann **Thomas Stelzer** (VP) beim wirtschaftspolitischen Jahresauftakt. Gemeinsam mit Thomas Oberholzner, Leiter der KMU-Forschung, und Alexander Knourek, Vorstandsmitglied des Unternehmens Frauscher Sensortechnik, sprach Stelzer über Herausforderungen, die es heuer zu bewältigen gilt.

Der Fokus müsse vor allem auf Wachstum gelegt werden – das sei



Foto: Weibold

die „beste Form der Sozialpolitik“. Es brauche auch Innovationen: „Forschung und Entwicklung sind als Priorität zu begreifen.“ Auch deshalb

investiere das Land heuer dafür 117 Millionen Euro – die „Lücke“ zu den USA und China soll geschlossen werden.

Auf Kurs befinde man sich in puncto Klimaneutralität 2040. Bereits 39 Prozent des oberösterreichischen Energieverbrauchs würden von erneuerbaren Energieträgern abgedeckt werden. Weiterhin

wichtig sei die Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU): Diese würden das „Rückgrat der Wirtschaft“ bilden.

Schnell Lösungen präsentieren

Zu den laufenden Verhandlungen der Volkspartei mit den Freiheitlichen im Bund sagte Stelzer, dass es wichtig sei, Lösungen zu präsentieren. Neuwahlen würden dem Land Schaden zufügen. Dass es innerhalb der Partei kritische Stimmen bezüglich einer Koalition mit der FP gebe, räumte er ein: „Es wäre schlecht, wenn es keine kritischen Stimmen geben würde.“ Die Situation sei, „wie sie eben ist“. (fep)

ÜBERBLICK

1.307.510 dürfen in Niederösterreich wählen

NIEDERÖSTERREICH. Bei den niederösterreichischen Kommunalwahlen in 568 Gemeinden sind am 26. Jänner 1.307.510 Menschen stimmberechtigt. Das sind um 165.522 weniger als vor fünf Jahren. Begründet liegt das darin, dass jene, die nur einen Zweitwohnsitz in einer der Gemeinden haben, nicht mehr wählen dürfen. Einzig die ÖVP tritt in allen Gemeinden an, sie lag 2020 in 440 Gemeinden auf Platz eins, in 402 schaffte sie eine absolute Mehrheit. Die SPÖ gewann in 116 Gemeinden (Absolute gab es in 81 davon). Insgesamt werden am 26. Jänner 11.821 Mandate vergeben.